

# Der **LINKE** Landbote

## Erste Botschaft

Landkreis Rotenburg, im Winter 2010

*"Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN!" (Kurt Tucholsky)*

## **Kritische Anmerkungen zur Wirtschaftskompetenz der FDP:**

### **Die Wirtschaft entlasten und dann hoffen...**

**Die FDP hat sowohl in Teilen der Bevölkerung als auch in Wirtschaftskreisen den guten Ruf, eine besondere Kompetenz in Wirtschaftsangelegenheiten zu besitzen. Die letzten Wahlergebnisse und Umfragen ließen daran keinen Zweifel. Das nehmen wir hier zum Anlass, einmal zu untersuchen, worin er denn besteht, dieser „besondere Sachverstand“ der FDP.**

#### **I. Schmarotzen an der Krise**

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der größten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte: *Ohne* systemwidrige Einwirkungen haben es die Wirtschaftseliten, die „Leistungsträger“, „Führungskräfte“ und „Topmanager“ geschafft, diese *ihre* Wirtschaft mit ihrer Konkurrenz um Gewinne und Wachstum mit all der ihnen staatlich eingeräumten Freiheit an den Rand des Zusammenbruchs zu treiben. Und auf diese Weise haben sie so ganz nebenbei den großen Rest der in der Gesellschaft auch noch vorkommenden Interessen, insbesondere die der breiten Masse der Bevölkerung, gleich noch kräftig und nachhaltig mitgeschädigt. Das ist die Lage. Und es ist ein gefundenes Fressen für die FDP.

#### **...“with a little help from my friends“**

*Ohne* jede Umfrage sind viele der gerade vor einer Wahl äußerst „unabhängigen“ und „überparteilichen“ öffentlichen Meinungsbildner darauf gekommen, dass es womöglich gar nicht so unlogisch wäre, wenn in einer solchen Situation bei größeren Teilen der Bevölkerung Zweifel an der grundsätzlichen Brauchbarkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung für ihren Lebensunterhalt aufkämen. Befürchtet haben sie daher, dass der Wähler „unvernünftigerweise“ der Linkspartei zu Stimmengewinnen verhelfen könnte. Die steht bei ihnen von Haus aus unter dem Verdacht, durch „populistische Anbieter“ an die notorisch auf den Schattenseiten der Marktwirtschaft herumlungernenden Bevölkerungsteile, ihrem etwas distanzierteren Verhältnis zu „unserem Wirtschaftssystem“ politisches Gewicht verschaffen zu wollen.

#### **II. Die Wahlen 2009; „ein Sieg der Vernunft“: FDP statt Linke**

Wie die Landtagswahl in Hessen und die Bundestagswahl im letzten Herbst zeigten, haben die ums allgemeine pro-marktwirtschaftliche Bewusstsein Besorgten daneben

gelegten: Leider hat auch Die Linke in Hessen, in absoluten Zahlen gemessen, wählende Anhänger verloren. Und die Warner vor der linken Gefahr waren nicht nur froh, dass es so gekommen ist. Sie boten auch gleich noch eine Erklärung für den aus ihrer Sicht so erfreulichen Wahlausgang. Der hessische Wähler war nämlich nicht unvernünftig, sondern vernünftig! Er hat etwas gemerkt:

*„Die Linke kann mit ihrer Philosophie der Umverteilung nichts mehr hinzu gewinnen, da die Wähler merken, dass es gar nicht mehr so viel umzuverteilen gibt.“* (Financial Times Deutschland, 18.01.09)

*„Hinzu gewinnen“* konnte statt der für sie „wirklichkeitsfremd“ aufs Soziale drückenden Linken vielmehr die FDP. Denn passend zu dem, was der hessische Wähler in Bezug auf die Linke gemerkt hat, hat er in Bezug auf die FDP etwas gespürt:

*„Die größte Wirtschaftskompetenz sitzt bei der FDP – das spüren die Wähler.“* (Westerwelle nach der Hessenwahl)

Nun deutet schon die von allen für völlig normal befundene (Wahl-)Alternative zwischen einer ‚dem Sozialen‘ verpflichteten Partei und der laut Beteuerung ihres Vorsitzenden wirtschaftskompetentesten Partei der Republik an, dass Wirtschaftskompetenz mit sozialen Überlegungen anscheinend recht *wenig*, mit Wirtschaftsfreundlichkeit hingegen sehr *viel* zu tun hat.

Und weil die gesamte Gesellschaft von deren Profitmacherei abhängig gemacht ist, stößt dieser Irrsinn, statt heftige Kritik hervorzurufen, offensichtlich auf fruchtbaren Boden. Das verschaffte dem liberalen Sachverstand einen guten Ruf. Doch welchen Inhalt hat sie eigentlich, diese sagenhafte Qualifikation namens Wirtschaftskompetenz, die der FDP angedichtet wird? Was *weiß* der Liberale über die *Ursachen der derzeitigen Krise*, das andere nicht draufhaben?

*„Die Ursache der Krise war vor allem Staatsversagen. Ein Staat, der jeden Rauchkringel gesetzgeberisch vermessen will, aber bei der Bankenaufsicht wegsieht, ist ein schwacher Staat.“* (Westerwelle)

#### **III. Die Diagnose der FDP: Der Staat ist schuld**

Wenn also die Banker, kaum dass die ordnende Gewalt des Staates *„wegzieht“*, als *Konsequenz ihrer Geschäfte* mal eben die Weltwirtschaft lahm legen, dann ist nicht etwa *diese freibeitlich ausgeübte* wirtschaftliche

Betätigung der Grund für den Crash, sondern die *nicht ausgeübte Aufsicht*. Die politische Stoßrichtung ist klar: Die finanzkapitalistischen Geschäfte gehen allemal in Ordnung und wenn sie ein gewisses Gefährdungspotenzial bergen, dann ist halt der Staat in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Geschäfte weitergehen, ohne dass es zum Crash kommt. Und wenn der Herr Westerwelle gleichzeitig das Schreckbild eines „jeden Rauchkringel vermessen“ wollenden Staates an die Wand malt, so macht er klar, dass seine Partei auch mit der Diagnose von zu wenig staatlicher Aufsicht im Bankensektor als Krisengrund daran festhält, dass der Staat, wenn er kapitalistische Geschäfte regeln will, *im Prinzip* doch immer nur *stört*. Und so passt es wunderbar, wenn dieselbe Partei zu derselben Krise auch noch eine *genau entgegengesetzte* Erklärung zu bieten hat:

*„Wer die Marktwirtschaft für die Finanzkrise verantwortlich macht, verwechselt Ursache und Wirkung. Am Beginn der Krise standen staatliche Eingriffe in den US-Immobilienmarkt.“* („Finanzkrise bestätigt Liberale – ein Argumentationsleitfaden“)

Markt gut, Staat schlecht. Dieser Weisheit folgen dann auch die liberalen Vorschläge zur Krisenüberwindung:

*„Aus Sicht der Liberalen wäre das beste Konjunkturpaket Deutschland von der Bürokratie und den Genehmigungsbremsen der Politik zu befreien. Zwischen 20 und 40 Milliarden Euro warten darauf, in der Energieinfrastruktur investiert zu werden. Es warten noch einmal 20 Milliarden Euro übrigens allein bei den Flughäfen darauf, investiert zu werden.“* („Liberale Positionen zur Finanzkrise“)

Kapiert! Weil die Mischung zwischen zu viel und zu wenig Staatsaufsicht im Finanzwesen der Grund für die Krise ist, kann ihre *Überwindung* letztlich nur in groß dimensioniertem *Abbau* staatlicher Aufsicht und Regelung industrieller Unternehmungen und Investitionen bestehen. Merke: Die freie Betätigung des privaten Geldreichtums ist gut und richtig, Verwerfungen wie die derzeitige Krise kommen vom Staat und können daher nur überwunden werden, wenn der Staat die kapitalistischen Unternehmen von regulatorischen Fesseln verschont! Damit stellen sie die Realität glatt auf den Kopf.

In der Weltsicht liberaler Wirtschaftsexperten, deren Partei sich einerseits gerne auch als „Partei der Leistungsträger“, „Partei der

Besserverdienenden“ usw. anpreist, ist dieser Radikalismus freier Betätigung der Geldbesitzer andererseits zugleich eine *soziale Wohltat* – und die einzig vernünftige noch dazu: Weil nämlich *alle* Insassen der marktwirtschaftlichen BRD davon *abhängen*, dass Geschäfte gemacht werden, ist die Freiheit der Geschäftemacher doch letztlich ein Nutzen für alle: „*Sozial ist, was Arbeit schafft*“, „*Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik*“ (FDP-Programm).

Man muss nur kompetent davon absehen, *wer wie* von Arbeit *abhängt* und *wer welchen* Nutzen von ihr hat, und schon verwandelt sich z.B. ein Mindestlohn, den gerade unser aller „Mittelstand“ so ungern zahlt, in den „*größten Arbeitsplatzvernichter*“ (FDP-Präsidium), seine Bekämpfung daher in ein Gebot des sozialen Gewissens! Genauso stellt sich die Bemühung, „*das Arbeitsrecht zu flexibilisieren und beschäftigungs- und mittelstandsfreundlicher auszugestalten*“ (FDP-Präsidium) als Dienst auch und gerade an denen dar, deren „*Neueinstellungen auch in unsicheren Zeiten zu erleichtern*“ (FDP-Präsidium) sind. Konsequenterweise gedacht wäre demnach der beste Sozialstaat der, den es nicht gibt.

#### IV. Steuern und Sozialabgaben runter, dann gewinnen alle!

Als ebenso nützlich *für alle* hat man sich den vehementen Kampf der Blaugelben gegen die immer drückendere Last von Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Schulden zu denken, die der Staat seinen freien Wirtschaftsbürgern jeder Einkommensklasse aufdrückt:

„*Die Bürger, die in Deutschland arbeiten, Steuern- und Sozialabgaben zahlen, fühlen sich doch mittlerweile als Deppen der Nation! ... Von der Krankenschwester bis zum Handwerker spürt jeder, dass sich die eigene Leistung nicht mehr(?) ausreichend(?) lohnt(!).*“ (Westerwelle in BamS)

Niemand missversteht diese Einfühlsamkeit als *Aufzuj* zu *jetten* Gehaltsverböhrungen für *Krankenschwestern*. Es ist völlig klar, dass Westerwelle diesen Berufszweig lediglich als Sinnbild für die Bürgertugenden von Fleiß und Tüchtigkeit hemimmt. Gemeint mit den ‚Deppen der Nation‘ sind natürlich die Leistungsträger des famosen deutschen „Mittelstands“ und alle freischaffenden Besserverdiener, denn das wirkliche Schutzobjekt der Liberalen ist *das Geld der Gutverdiener* jeder Couleur: Das will vor dem staatlichen Zugriff per Steuern und Sozialabgaben bewahrt werden. Bewirkt wird durch die staatliche „Umverteilung“ mit Steuern und Sozialtransfers aus liberaler Sicht nur die ökonomische Todsünde schlechthin: Leute *bekommen* Geld, das sie nicht als Einkommen *verdienen*, während andere Geld *zahlen*, ohne dass es sich für sie *lohnt*. Das verlängert die FDP konsequent in die Forderung, dass sich auch der finanzielle Aufwand für die aktuelle Krisenbe-

wältigungspolitik möglichst nicht als Abzug von privat verdienten Einkommen (und andere gibt es nun mal nicht) geltend machen darf. Darum hat sie an allen Paketen zur Rettung der großen nationalen Kapitale ganz Grundsätzliches auszusetzen:

„*Es ist vernünftiger, nicht einzelne Unternehmen, die in Schwierigkeiten sind, mit Steuerschecks zu unterstützen... Vernünftiger, als Branchen zu subventionieren, vernünftiger, als Unternehmen nach Unternehmen an den Steuertröpf zu hängen, wäre es, die ganze Volkswirtschaft zu entlasten, alle, die arbeiten, zu entlasten. Mehr Mut bei den Steuerenkungen das braucht diese Republik!*“ (Westerwelle im Bundestag zum Konjunkturpaket II)

Die ganzen schönen Milliarden wurden und werden zwar nicht für Witwen und Waisen, sondern zur Rettung genau derjenigen Wirtschaftssubjekte eingesetzt, die die FDP dafür bedauert, dass (zu viel /zu wenig) Staatshandeln sie in die Krise getrieben hat. Kein müder Cent wird für irgendwelche Sozialmaßnahmen rausgeworfen – und doch: Die Rettungsmaßnahmen fürs Finanzsystem und den Rest der Wirtschaft ziehen sich den Vorwurf zu, dass sie *soviel kosten*, nämlich *Steuergeld* und *Staatsschuld*. Als wirtschaftskompetent erweisen sich die Liberalen mithin auch durch ihren Mut zum Widerspruch: Wegen ihres Beharrens auf dem *Prinzip des Systems* – der Unantastbarkeit geschäftlicher Freiheit und der daraus gezogenen Gewinne – wettern sie gegen alle Maßnahmen, die dieses *Prinzip verletzen* um das *System zu retten!* Auf so eine *Unlogik* muss man auch erst einmal kommen.

#### V. Die banale Wahrheit über die Wirtschaftskompetenz der Liberalen

So schlicht ist das Weltbild und der daraus erwachsene Befund der Wirtschaftskompetenten also gestrickt: Erstens nichts auf das System des freien kapitalistischen Unternehmertums kommen lassen, zweitens in der Krise seine Rettung und Renovierung fordern, drittens gegen alle dabei anfallenden Unkosten sein, sobald sie nicht in Form von *noch* mehr Arbeit zu *noch* schlechteren Bedingungen bei *noch* geringeren Löhnen anfallen – fertig ist die Kompetenz.

„Wirtschaftskompetenz“ hat also *keinen* weiteren Inhalt als die Logik, der zufolge aus der praktischen Abhängigkeit aller von kapitalistischer Gewinnanhäufung aktuell nur das Eine folgen kann: Gerade das Desaster, das die Tätigkeit der Wirtschaftskapitäne in ihren eigenen Bilanzen und in den Haushalts- und Lebensrechnungen normaler Leute angerichtet hat und absehbarer Weise noch anrichten wird, das muss der Auftakt dafür sein, ihnen jetzt umso mehr gutes Gelingen zu wünschen, befördert durch *noch* größere Freiheiten und *noch* weniger Kosten für den Lebensunterhalt von arbeitenden Leuten und den Aufwand der öffentlichen Gewalt.

Aus mehr besteht sie einfach nicht, die liberale Sachkompetenz. Wer was davon notwendig an Schaden und Nutzen hat und warum das so ist, das schreiben wir in einem Extraartikel auf.

### In Memoriam

**Anlässlich eines Auftritts des Heeresmusikkorps in der Rotenburger Stadtkirche hat unser leider letztes Jahr verstorbenes Mitglied Reinhard Tetzlaff folgenden Leserbrief an die Rotenburger Kreiszeitung gesandt. Sein Leserbrief wurde nicht veröffentlicht! Die Publizierung holen wir in Gedenken an ihn in seinem Sinne hiermit nach.**

*Kommentar zu: Für den guten Zweck*

Was will die Bundeswehr in Uniform in der Kirche erreichen?

Was will die Kirche mit der uniformierten Bundeswehr in der Kirche bewirken?

Die Bundeswehr und die Kirche in Rotenburg finden offenbar gute Gründe dafür. Da mich die Konstellation grundsätzlich irritiert, habe ich darüber nachgedacht. Spontan fiel mir die biblische Geschichte ein, in der Jesus die Händler aus dem Tempel jagt. Das tat er wohl, weil sie nach seiner Meinung nicht dahin gehörten.

Mir kommt diese Geschichte wie ein Gleichnis vor, wenn ich jetzt an Soldaten in Gottes Haus denke. Jesus war Pazifist, nicht ein bisschen, sondern sehr konsequent. Ich bin mir ziemlich sicher, dass er sich mindestens so energisch gegen Soldaten, vor allem in Uniform in der Kirche gewandt hätte. Sowas gab es damals allerdings noch nicht.

Er, Jesus, hätte sich dann sicher auch verhaften lassen und konsequent weiter gegen diesen Missstand protestiert, meine ich jedenfalls. Mich wundert, dass es keine Pastoren gibt, die sich heute gegen solch eine Entwicklung stellen. Wenn ein Pastor zu einem leidenden Soldaten geht, um ihm Trost zu geben, finde ich das ok. Die Kirche und die Pastoren sind meiner Meinung aber nicht dazu da, das Image des Militärs aufzubessern. Wenn die kirchliche Geistlichkeit diesen Weg geht, ist sie nicht weit weg von der Segnung der Soldaten, bevor sie in den Krieg ziehen.

Es müsste natürlich grundsätzlich darüber geredet werden, wozu ein Militärorchester gut ist. Es müsste darüber geredet werden, welcher der vergangenen Kriege vor Gott gerechtfertigt werden kann. Es müsste darüber geredet werden, welche Wirkung Soldatenuniformen und Kriegsbilder speziell auf Jungen im Kindesalter, und dann auch noch in der Kirche, haben.

*Reinhard Tetzlaff*

## Der Fall Schlecker: E in Handelskapital senkt seine Belegschaftskosten

**Das Unternehmen Fa. Anton Schlecker macht mal wieder von sich reden. Diesmal nicht wegen Bespitzelungen von Angestellten oder Drangsalierungen zur Verhinderung der Bildung von Betriebsräten. Nein, der Drogeriediscounter senkt auf breiter Front die Löhne für sein Personal. Dies ist nicht weiter ungewöhnlich, gilt doch jeder Lohncent einem Unternehmer als potentiell entgangener Gewinncent. Ungewöhnlich ist die selbst für kapitalistische Verhältnisse, in denen man ja bekanntermaßen so einiges gewohnt ist, bemerkenswerte Dreistigkeit und „Kreativität“, mit der dies geschieht.**

Seit geraumer Zeit plant und betreibt der Discounter, sich im Drogeriebereich mit größeren Schlecker-XL-Märkten zum Teil „neu aufzustellen“, was mit der Schließung kleinerer Filialen im Umkreis der größeren XL-Märkte mit bis zu 800 Quadratmetern Verkaufsfläche einher

geht. Laut verdi soll dies bis zu 4.000 kleinere Filialen betreffen. Den Mitarbeitern wird dann betriebsbedingt gekündigt.

Danach wird Teilen der Ex-Belegschaft eine Übernahme in die neuen Märkte angeboten. Da diese jedoch von der rechtlich selbständigen Schlecker XL GmbH betrieben werden, für die die Tarifverträge der Fa. Anton Schlecker nicht gelten, erfolgt die Weiterbeschäftigung unter neuen Verträgen und zu deutlich schlechteren Konditionen. Festangestellte sind bei Schlecker XL eine Minderheit: Mehr als zwei Drittel ihrer Beschäftigten rekrutiert die Schlecker XL GmbH als Leiharbeitskräfte von der Meniar Personalservice GmbH, deren Gründer und Geschäftsführer zuvor Personalbereichsleiter in der Firmenzentrale von Schlecker war. Da das Leiharbeitsunternehmen seinen Sitz in Zwickau hat, zahlt es auch den Mitarbeiterinnen in westdeutschen Filialen

natürlich die niedrigeren Ostgehälter von in der Regel unter 7 Euro brutto.

Die Arbeitsverträge für die XL-Märkte seien befristet. Eine Schlecker-Betriebsrätin sagt, die Frauen arbeiteten zu einem Lohn, der trotz jahrelangen Arbeitens für Schlecker, dem eines Berufsanfängers entspreche. „Da können wir uns bewerben. Wenn wir bereit sind, befristet zu sein und deutlich weniger zu verdienen. Also für 6,50 Euro.“ (verdi) Daher wiederholen wir an dieser Stelle noch einmal unsere Forderung nach einen sofortigen Mindestlohn von 10 Euro und das Verbot von Leiharbeit, um wenigstens die schlimmsten Verwerfungen kapitalistischen Lohnarbeitens zu lindern.

Letzter Stand: Da der Imageschaden, der Schlecker durch diese Methode der Personalkostensenkung in der Öffentlichkeit entstanden ist, offenbar den Nutzen überwiegt, wird diese Tour vorerst nicht weiter ausgebaut. Mal schauen was Schlecker jetzt ausbrütet.

**...News...Hartz4...News...Rente...News...Sozialhilfe...News...Hartz4...News...Rente...**

### Hartz IV: Betteln gehen für Klassenfahrtkosten?

#### Arbeitslosengeld II Empfänger dürfen nicht durch die ARGE zum "Betteln" animiert werden

*Berlin.* Eine übliche Praxis der Ämter ist es, ALG II Empfänger dazu zu animieren, die Kosten im Verwandtschaftskreis "zu erbetteln". Im vorliegenden Fall hatte eine Betroffene beim Amt nach den tatsächlichen Kosten für die Klassenfahrt ihres Kindes angefragt. Die Antwort war, dass diese bei den Eltern der Mitschüler in der Klasse erfolgen könnte.

Aus dem Urteil: Die Antragsteller sind nicht darauf zu verweisen, eine Sammlung bei den Eltern der Mitschüler durchzuführen. Mit der historischen Entwicklung des staatlichen Fürsorgerechts von einem Almosen gewährenden Armenrecht hin zu einem System subjektiver Rechte ist es unvereinbar, der Bedarfsdeckung quasi durch Betteln bei unbeteiligten Dritten den Vorrang einzuräumen. Anders läge es nur, wenn insoweit eine Institutionalisierung der Solidarität der Elterngemeinschaft der Schule stattgefunden hätte, wenn also ein von den Eltern gespeister Unterstützungsfonds an der Schule eingerichtet ist. Sprich: wenn die Schule als Solidaritätszeichen diese von den Eltern der beteiligten Schüler sammelt, können diese bei den tatsächlichen Kosten für die Klassenfahrt angerechnet werden.

(Urteil: Sozialgericht Berlin; AZ: S 103 AS 7827/07, sowie anhängig beim Bundessozialgericht; AZ: B 14 AS 36/07 R)

### Urteil Bedarfsgemeinschaft bei ALG II

Die Sozialgerichte in Düsseldorf (AZ: S 35 SO 28/05 ER) und Saarbrücken (AZ: S 21 ER 1/05 AS) gaben zwei unverheirateten ALG 2 Empfängern die von Hartz 4 abhängig sind Recht, dass ihre Lebenspartner finanziell für sie einstehen müssen. Laut der Urteile bilden zwei Menschen, die zusammenleben, nicht automatisch eine so genannte "Bedarfsgemeinschaft".

Alle Betroffenen können jetzt mit Verweis auf die beiden Aktenzeichen Widerspruch einlegen. Ein Widerspruch ist auch dann möglich, wenn der Bescheid schon rechtskräftig ist. Beim Ombudsrat könnt Ihr Euch kostenlos rechtlichen Beistand holen. Der Ombudsrat wurde von der Bundesregierung eingesetzt, um die Umsetzung des ALG 2 zu begleiten. Die entsprechende Informationsstelle des Ombudsrates kann telefonisch unter der kostenlosen Hotline 0 800/440 055 0 erreicht werden.

### Hartz IV: Übernahme der Kosten einer Einzugsrenovierung

Der Anspruch auf Übernahme der Kosten einer Einzugsrenovierung bei Hartz IV ergibt sich - laut Bundessozialgericht - aus § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Erneut hat es festgestellt: "Angemessene Kosten für die Einzugsrenovierung sind daher Teil der Kosten der Unterkunft, wenn die Einzugsrenovierung mietvertraglich vereinbart worden ist."

Das bedeutet: Es ist in jedem Fall sinnvoll, mit dem Vermieter eine schriftliche Vereinbarung über die Erforderlichkeit der Einzugsrenovierung und der Kostenübernahme durch den/die MieterIn zu treffen. Aber: Auch wenn dies nicht der Fall war, können im Rahmen des § 22 Abs 1 Satz 1 SGB II grundsätzlich auch weitere einmalige Beihilfen erbracht werden (vgl zu Heizkosten BSG - B 7b AS 40/06 R - SozR 4-4200 § 22 Nr 4). Bei den Kosten für die Einzugsrenovierung ist das der Fall, soweit sie zur Herstellung der "Bewohnbarkeit" der Unterkunft erforderlich und auch ansonsten angemessen sind.

(BSG, Urteil, AZ. B 4 AS 77/08 R)

**Besuchen Sie uns auch im Internet unter: [www.die-linke-rotenburg.de](http://www.die-linke-rotenburg.de)**

## Rückblick: Friedensnobelpreis für Barack Obama

Am 10. Dezember wurde dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama der Friedensnobelpreis überreicht. Ausgezeichnet wurde damit ein „neuer Hoffnungsträger auf dem internationalen Parkett“ „für seine außergewöhnlichen Bemühungen, die internationale Diplomatie und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken.“ (Begründung Nobelpreiskomitee)

Die Hoffnung, die das Komitee auf den neuen Mann setzte, war zugleich eine Kritik an seinem Vorgänger George W. Bush. Der hatte mit seiner rigorosen Außenpolitik nicht zuletzt den europäischen Politikern ganz schön zugesetzt, weswegen aus dieser Ecke auch einhelliger Beifall kam. Aber es wurden auch Zweifel laut, ob der Mann diese Auszeichnung denn auch verdient habe bzw. sie sich noch verdienen würde. Denn zeitgleich mit der Verleihung hatte Obama beschlossen, die US-Truppen in Afghanistan erheblich aufzustocken und weitere „friedensstiftenden Maßnahmen“ einzuleiten. Wir wollen es mal etwas anders angehen und uns nicht am moralischen rechten beteiligen, sondern kurz skizzieren, worin Obamas „Change“ in der amerikanischen Außenpolitik besteht.

### Obamas Diagnose: Bush`s Strategie ist gescheitert!

Die anti-terroristische Weltordnungspolitik seines Vorgängers Bush ist Obama zufolge *gescheitert*. Amerika ist nicht sicherer geworden; der Terror ist weiter unbesiegt. Auch nach Beendigung des Kalten Krieges sind immer noch russische Atomwaffen auf amerikanische Städte gerichtet; gleichzeitig wächst die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Daneben diagnostiziert er, dass während der Bush-Ära alte Bündnispartner der USA auf Distanz gegangen sind und mit Russland und China neue Großmächte erstarken.

Eine Bedrohungslage, die dem neuen Präsidenten schaudern macht. Dagegen muss was unternommen werden.

### Die fälligen Veränderungen in der Außenpolitik

Die Korrektur dieser für Amerika bedrohlichen ‚internationalen Lage‘ ist somit fällig. Die kritischen Bestandsaufnahmen des neu gewählten Präsidenten stellen zugleich in Grundzügen klar, *wie* er die angeschlagene Macht Amerikas restaurieren und sicherstellen will. Der „Realismus“, den er sich und seiner Nation an Stelle des „ideologischen

„Um unsere nationale Sicherheit zu verbessern, müssen wir das ganze(!) Arsenal amerikanischer Macht und Erfindungsgabe in Anspruch nehmen. Um Schurkenstaaten zu zügeln, müssen wir uns effektiver Diplomatie und starker Allianzen bedienen(!). Um Terrornetzwerke zu durchbrechen, brauchen wir geschickte Geheimdienste, mit einer starken Führung...Um unseren Einfluss auf die Weltwirtschaft aufrecht zu erhalten(!), müssen wir unsere Fiskalpolitik in Ordnung bringen. Um die Macht feindlicher Diktatoren zu schwächen(!), müssen wir uns selbst von unserer Ölsucht befreien. Keine dieser Machtäußerungen(!) kann die Notwendigkeit eines starken Militärs ersetzen(!). Stattdessen ergänzen(!) sie unser Militär und tragen dazu bei sicherzustellen, dass die Anwendung von Gewalt nicht die einzige(!) uns zur Verfügung stehende Option ist.“ (Obama, The American Moment: Speech on Restoring Leadership(!), barack-obama.com, 23.04.07)

Dogmatismus“ der Bush-Regierung verordnet, setzt neue Prioritäten und auf veränderte Rezepte.

- Obama will nationale Eigeninteressen fremder Staaten daraufhin überprüfen, ob und wie sie mit den amerikanischen Ansprüchen vereinbar zu machen sind, statt wie sein Vorgänger, die betreffenden „Regime“ gleich anti-amerikanischer Umtriebe zu verdächtigen.
- Er will *alle* Mittel, die der „einzig verbliebenen Weltmacht“ zu Gebote stehen, flexibel in Anschlag bringen, um die Ansprüche Amerikas durchzusetzen und Gefahren für Amerika zu vermeiden, statt die „beste Armee der Welt“ in vermeidbare Kriege zu schicken. „Smart power“ heißt die neue Formel.
- Er setzt beim Ordnen der Welt verstärkt auf Kooperation, auf bewährte Alliierte wie neu zu gewinnende Partner, statt durch Alleingänge Freunde zu verprellen oder aufsteigende Konkurrenten in die Konfrontation zu zwingen. Wenn eine echte Bedrohung den Einsatz militärischer Gewalt erfordert, dann soll der auch *effektiv* und *mit Hilfe* von Verbündeten erfolgen.
- Obama will dafür sorgen, dass Amerika endlich die Führung zurückerobert in allen „Zukunftsfragen“, welche die globalen Geschäftsbedingungen betreffen (Energiesicherheit, neue Technologie, Klimaschutz), statt den Konkurrenten Zuständigkeiten und Vorteile zu überlassen.
- Und er will die Institutionen der „Internationalen Staatengemeinschaft“ (UNO, IWF) wieder zu einem tauglichen Instrument des amerikanischen „leadership“ machen.

Das alles fasst die Regierung Obama unter dem *Leitmotiv* zusammen, mit dem sie den „Staaten und Völkern der Welt“ *ihren* „Change“ als *Chance für alle* serviert: In der Weltpolitik der USA soll ab sofort die *Diplomatie* – als „die Speerspitze der Außenpolitik“ (H. Clinton) – wieder eine stärkere Rolle spielen. Die Verbreitung von Atomwaffen soll unterbunden werden und da, wo es den USA nützt, also andere Staaten schwächt, sollen ganze Abteilungen auch abgeschafft werden – potentiell. Kriege sollen zukünftig ein Mittel der Wahl sein und nicht mehr, wie

bisher, das *erste*. Und in Südostasien soll China künftig mehr Mitverantwortung angeboten werden bei den amerikanischen Weltordnungsvorhaben. Die rabiate Konfrontationspolitik der Bush-Administration hat sich großenteils als *kontraproduktiv*, also als gescheitert, erwiesen. Das ist das Credo der neuen US-Außenpolitik.

**„US-Abgeordnete billigen 636-Milliarden-Militäretat.** Das US-Abgeordnetenhaus hat grünes Licht für Verteidigungsausgaben in Höhe von 636 Milliarden Dollar (knapp 443 Milliarden Euro) im bereits laufenden Haushaltsjahr 2010 gegeben.“

Focus Online, 17.12.2009  
(in Wirklichkeit sind es über 1000 Milliarden Dollar)

### Bringt Obama den Weltfrieden?

Mit Obama beehrte das Nobelpreiskomitee in Oslo den Führer des Staates, der *alleine* mehr als die Hälfte der weltweiten Ausgaben für Waffen, Munition und Soldaten tätigt, der in zwei größeren Kriegen engagiert und gerade dabei ist, im Jemen eine neue Kriegsfront zu eröffnen. In der politischen *Wirklichkeit* sind Krieg und Frieden eben nicht der Gegensatz von Gut und Böse, wie es die politische *Moral* glauben macht. Sie gehören vielmehr zusammen und sind zwei Seiten derselben Medaille: 2 Formen staatlicher Außenpolitik.

Die erfolgversprechendste wird gewählt. Soviel zum Thema „Weltfrieden“.

### Info-Coupon

- Bitte schicken Sie mir  
 Informationen über die DIE LINKE.  
 Ich möchte zum nächsten Treffen der LINKEN eingeladen werden.  
 Informationen an mich bitte  
per E-Mail  per Post

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Coupon einsenden an:  
Klaus Heinbockel  
Glinde 13  
27432 Oerel  
(Redaktion und V.i.S.d.P.)

Oder schreiben Sie uns eine Email an:  
[linkerlandbote@web.de](mailto:linkerlandbote@web.de)